

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Integrationsrates am 26.09.2017
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	3
1 Einwohnerfragestunde	3
2 Situation der Flüchtlinge in Meerbusch	3
2.1 Aktuelle Lage 2 Jahre nach dem Flüchtlingsstrom.	3
2.2 Situation der unbegleiteten, minderjährigen Ausländer (UMAS), insbesondere nach Volljährigkeit	3
3 Auswirkungen der Bundestagswahl (Diskussion)	4
4 Wanderausstellung "Der Weg zur Deutschen Einheit"	4
5 Nächste Sitzung 7. November 2017	4
6 Verschiedenes	4

Sitzungsort: JuCa Halle 9, Insterburger Straße 16, 40670 Meerbusch

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr

Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Ingrid Maas Integrationsrat

Stellv. Vorsitzender

Herr Hayrettin Polat Integrationsrat

Mitglieder

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Frau Katja Schulz Ratsmitglied

Frau Dorothea Stracke-Egermann Integrationsrat

Stellvertretendes Mitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Bernd Parys Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Peter Annacker Bereichsleiter Fachbereich 2

Schriftführerin

Frau Anja Flintrop Fachbereich 2

es fehlen:

Mitglieder

Herr Dr. Erhard Hartung Integrationsrat

Frau Helga Hermanns Ratsmitglied

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

2 Situation der Flüchtlinge in Meerbusch

2.1 Aktuelle Lage 2 Jahre nach dem Flüchtlingsstrom.

Herr Maatz berichtet über die derzeitige Flüchtlingssituation im Stadtgebiet. Die Bezirksregierung habe angekündigt, in der nächsten Zeit 50 – 60 anerkannte Flüchtlinge, hauptsächlich mit Bleibeperspektive, aus den Ländern Syrien, Irak und dem Iran zuzuweisen. Da auf dem freien Wohnungsmarkt in Meerbusch kein adäquater Wohnraum zur Verfügung stünde, würden die Flüchtlinge vorerst in den städtischen Übergangwohnheimen untergebracht. Geplant sei es, die kleineren angemieteten Unterkünfte zu Gunsten der Neubauten aufzugeben, um Kosten zu sparen. In der Einrichtung am Eisenbrand seien bereits 4 Module bewohnt. Ziel sei es, anerkannten Flüchtlingen die Möglichkeit zu bieten, in regulären Wohnraum umzuziehen.

Herr Focken betont, dass es zur Integration der Flüchtlinge wichtig sei, eine Durchmischung der Wohngebiete zu ermöglichen und Wohnraum zu schaffen, der auch für Leistungsempfänger des Jobcenters bezahlbar sei.

Auf Anfrage erklärt Frau Maas, dass Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien keine Duldung erhielten und stattdessen abgeschoben werden würden. Ausnahmen hiervon gäbe es bei Vorliegen individueller Abschiebehemmnisse, wie Erkrankung eines Kindes oder deutsche Abstammung eines Elternteils.

Herr Focken erkundigt sich nach der genauen Anzahl der Abschiebungen in Meerbusch. Herr Maatz sagt zu, die gewünschten Angaben mit dem Protokoll nachzureichen.

Nachtrag: Nach Angaben der Ausländerbehörde des Rhein-Kreises Neuss wurden im Jahre 2017 insgesamt 8 Abschiebungen in Meerbusch durchgeführt.

2.2 Situation der unbegleiteten, minderjährigen Ausländer (UMAS), insbesondere nach Volljährigkeit

Herr Annacker berichtet, dass unter den Flüchtlingen aktuell 36 unbegleitete, minderjährige Jugendliche bzw. junge Erwachsene lebten, die durch das städtische Jugendamt betreut würden. Vermittlung in eine Ausbildung oder in eine berufliche Tätigkeit und Unterstützung bei der Integration in die neue Gesellschaft seien hierbei die Schwerpunkte der Arbeit mit den jungen Flüchtlingen. Bis zum Ende der Betreuung seien die Jugendlichen separiert von den Sammelunterkünften in speziellen Wohngruppen untergebracht.

Frau Maas erkundigt sich, was nach Vollendung der Volljährigkeit mit den jungen Flüchtlingen passiere. Herr Annacker erklärt, dass ein halbes Jahr vor dem 18. Geburtstag eine Überprüfung durch die Sozialarbeiter erfolge, inwieweit die Persönlichkeitsentwicklung des jungen Heranwachsenden eine Beendigung der Unterstützung zuließe. Meist würden jedoch, nicht zuletzt wegen der Traumatisierung der Personen durch die Flucht und die Umstände im Heimatland, die Unterstützungsmaßnahmen über die Volljährigkeit hinaus weiter geführt. Darüber hinaus sei aber auch eine ambulante

Betreuung für bereits in den Sammelunterkünften Lebenden möglich. Dies allerdings mit einem weniger guten Personalschlüssel.

3 Auswirkungen der Bundestagswahl (Diskussion)

In der anschließenden Diskussion zum Ausgang der Bundestagswahl werden in erster Linie die hohen Wählerstimmen für die AfD kommentiert. Frau Maas berichtet, dass Analysten davon ausgingen, die AfD sei die einzige Protestpartei bei dieser Wahl gewesen. Herr Focken meint, dass es aus seiner Sicht in Meerbusch kein rechtspopulistisches Problem gäbe, allerdings würde eine Quote von 8,8 % für die AfD in der Böhlersiedlung ihn schon sehr nachdenklich machen. Man müsse, so Frau Maas, die Sorgen und Ängste der Bürger in Bezug auf den Zuzug von Menschen aus anderen Kulturen ernst nehmen und mit ihnen darüber sprechen. Dies wäre auch Aufgabe des Integrationsrates. Konsens herrscht bei den Mitgliedern darüber, dass man sich dieser Wähler kommunalpolitisch annehmen müsse.

4 Wanderausstellung "Der Weg zur Deutschen Einheit"

Frau Flintrop berichtet über den aktuellen Stand der Planungen für die Wanderausstellung. Die Verpflegung, bestehend aus Kaffee, selbstgemachten Waffeln und einem Kuchenbüfett würde durch das Mütterzentrum und den Pappkarton organisiert. Zusätzlich übernehme das Mütterzentrum die Durchführung eines Bastelangebotes für Kinder. Nach der einführenden Rede durch den Ersten Beigeordneten der Stadt, Herrn Maatz, übernehme eine Musikband aus den Reihen der Flüchtlinge, die sich regelmäßig im Pappkarton trafen, die musikalische Unterhaltung.

Frau Maas ergänzt, dass die Gestaltung der Plakatwand nunmehr als Einzelaktion des Integrationsrates geplant sei. Sie habe bereits mit interessierten Künstlern Kontakt aufgenommen.

5 Nächste Sitzung 7. November 2017

Sitzungstermin für das Jahr 2018:

23. Januar / 13. März / 8. Mai / 25. September / 13. November 2018

Jeweils um 17:00 Uhr im Verwaltungsgebäude in Osterath.

6 Verschiedenes

Interkulturelle Woche

Frau Maas appelliert an die Mitglieder, an den Aktionen der „Interkulturellen Woche“ teilzunehmen und verweist auf die Abschlussveranstaltung am 30.09.2017 im JuCa.

Integrationsratswahl

Herr Focken erkundigt sich nach der Möglichkeit für Flüchtlinge, sich an der Wahl des nächsten Integrationsrates zu beteiligen. Frau Maas erklärt, dass diese, ihres Wissens nach, wahlberechtigt seien, wenn die persönlichen Voraussetzungen dafür vorlägen.

Frau Maas berichtet über die Aussage im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung NRW, die vorsähe, dass künftig die Bildung eines Integrationsrates für Kommunen freiwillig sei. Hierzu gäbe es zukünftig noch Gesprächsbedarf.

Meerbusch, den 1. Februar 2018

Ingrid Maas
Vorsitzende

Anja Flintrop
Schriftführer/in